

## Protokoll der Sitzung des AK Migration und Flucht vom 07.07.2020

TOP 1) Integrationszentrum Wiener Straße (U. Parpart, S. Sell)

TOP 2) Rückkehrberatung als Angebot im Integrationszentrum

TOP 3) Beratung für mittellose Menschen, die aus osteuropäischen (nicht EU) Staaten eingereist sind

TOP 4) Verschiedenes

Zu 1) Stadtrat U. Parpart (Sozialamt) und die Abteilungsleiterin für den Bereich „Flüchtlinge“ S. Sell stellen das neue Integrationszentrum vor:

- Gebäudekomplex Wiener Straße, noch im Besitz des Bundes, wird von der Stadt gekauft und von Seestadt-Immobilien aus- und umgebaut. Es können etwa 80-100 alleinstehende Männer in 1-2 Bett-Zimmern untergebracht werden. Ein Isolationstrakt für die Möglichkeit, Neuankommende oder Coronaverdachtsfälle in Quarantäne zu nehmen, steht (auch für Familien) zur Verfügung.
- Konzept sieht „Wohnen und Lernen“ unter einem Dach vor. Die Neuankommenden sollen schnell in Sprach- und Orientierungskurse vor Ort vermittelt werden und durch zusätzliche Angebote in den Bereichen Lernen, Ausbildung, Freizeit (\*s.u.) unterstützt werden, damit sie Anschluss finden und sich eine Perspektive erarbeiten können.
- \* z.B. DRK Sprachberatung jeden Mittwoch, Beschäftigungsangebote von BBU, Raumwerkerei und Faden e.V., Jugendberufsagentur als KooperationspartnerInnen für Projekte, die z.B. zur Ausbildungsfähigkeit führen (> Perspektive Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung). Andere Institutionen und Vereine im Haus sind willkommen, um ein Netzwerk aufzubauen. Auch eine Kooperation mit dem PÄDZ Projekt „Ankommen in Deutschland“ ist angedacht. Frau Sell möchte in alle Richtungen offen für eine Zusammenarbeit sein.
- Etwa 10 MitarbeiterInnen werden für die Bewohner da sein. Zwei neue Stellen (Sozialpädagogik/Traumapädagogik + Sozialarbeit) werden neu ausgeschrieben. Security ist im Haus für die Bewohner und für den Brandschutz da.
- Die unabhängige und ergebnisoffene Rückkehrberatung als weiterer Baustein im Angebotskatalog des Integrationszentrums wird unter der Leitung von Frau Kasperek/Berlin vom IOM vorbereitet. Eine Stelle für die Rückkehrberatung war ausgeschrieben.

Zu 2)

- Die Tatsache, dass die Rückkehrberatung unter dem Dach des Integrationszentrums stattfinden soll, wird von mehreren TN kritisch gesehen.
- Der Begriff „ergebnisoffen“ meint, dass Menschen, die keine Bleibeperspektive haben und mit einer Abschiebung rechnen müssen, sich für oder gegen eine begleitete Rückführung entscheiden können, die ggf. individuelle Hilfen beinhaltet. Es wird kritisch festgestellt, dass die Tatsache der Abschiebung an sich nicht „offen“ ist. Frau Sell verweist auf die hervorragende menschliche und fachliche Kompetenz von Frau Kasperek. Das Sozialamt habe rechtliche Vorgaben umzusetzen und wolle sich aus politischen Diskussionen heraushalten. Für Menschen, die in ihr Heimatland zurückkehren wollen, müsse es ein Angebot geben.
- Für eine aus Sicht der TN dringend notwendige Asylverfahrensberatung, die zahlenmäßig viel mehr Menschen brauchen als eine Rückkehrberatung, gibt es derzeit keine öffentlichen Gelder bzw. Stellen in Bremerhaven. Zuständig ist das BAMF, das entweder selbst die

Asylverfahrensberatung durchführt oder freie Träger beauftragt. Sandra Bröring führt aus, dass zunächst abgewartet wird, wie Bremen entscheidet. Möglich sei vielleicht eine Mobile Beratung. Viele rechtliche Fragen seien noch nicht geklärt. Die Sozialdeputation im Herbst wird darüber befinden.

Zu 3)

- Kirchen/PastorInnen schlagen Alarm: Eine zunehmende Anzahl von Menschen, z.B. aus Serbien, Mazedonien oder Albanien, würden sich an sie mit der Bitte um finanzielle Hilfen wenden. Frau Sell verweist auf die Zuständigkeit des Sozialamtes. Dort könne man anrufen, um Leistungen für geduldete Familien zu erfragen. Auch für AsylbewerberInnen sei das Sozialamt zuständig (Asylbewerberleistungsgesetz).
- Auf die Nachfrage zum Stand des Untersuchungsausschusses zum Sozialbetrug informiert Herr Parpart, dass die Prüfung der Justiz immer noch läuft, dass also der Sozialbetrugsprozess noch nicht abgeschlossen ist und dass behördenlicherseits Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden seien, um eine neuerliche Serie zu verhindern, zumindest zu erschweren.
- Die Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung, kurz MoBA, ist angegliedert an die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben (DGB/VHS) e.V. Bremen. Sie ist 2 x wöchentlich im Gewerkschaftsbau beratend tätig.
- Das Projekt dalbe+ der AWO berät UnionsbürgerInnen.
- Herr Parpart schlägt vor, konkrete Betrugsfälle zu sammeln und diese Herrn Gruhl vom Jobcenter in einer der nächsten AK-Sitzungen vorzustellen. Es wird die Idee aufgenommen, Herrn Gruhl als Geschäftsführer des Jobcenters Bremerhaven, Herrn Parpart als Vorsitzenden der Trägergemeinschaft sowie je einen VertreterIn der Solidarischen Hilfe und der mobilen Beratung zum Thema Arbeitsausbeutung zu einer AK-Sitzung in der zweiten Jahreshälfte 2020 einzuladen.

Zu 4)

- Aufgrund von Ausfällen wegen der Infektionsschutzbestimmungen können Vereine einen Antrag stellen, um finanzielle Unterstützung zu bekommen, maximal 5000,- pro Verein, Formular wird durch Giselaverschickt.
- Im Bremerhavener Antrag der Grünen und Linken auf zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten ("Sicherer Hafen") in der Kommune Bremerhaven, der bedauerlicherweise von der Koalition abgelehnt wurde, sind Unstimmigkeiten und Versäumnisse festgestellt worden, die der AK im Herbst neu anpacken wird.
- C. Baumann (afz) informiert über zwei neue Erlasse aus Bremen, die die Beschäftigungsduldung von Zugewanderten erleichtern.
- Brigitte Paschen, langjährige aktive Mitarbeiterin des Nord-Süd-Forums, wird nach Bad Nauheim ziehen.
- Termine: Am 14. Juli findet die nächste Sitzung des Bündnisses „Bremerhaven bleibt bunt“ um 18 Uhr im Dialog-Verein statt. Um Anmeldung wird gebeten. Die nächste AK-Sitzung findet am 6. August um 18.30 Uhr statt. Wie immer wird rechtzeitig eine Einladung per Mail verschickt.

Für das Protokoll: Britt Krüger